

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Mai 2011



Themen

- 01 | Umbrüche in der arabischen Welt – Meine Reise vom 15.-19. Mai
- 02 | Nahost –Anerkennung eines palästinensischen Staates
- 03 | Sudan

Rubrik Unterausschuss Zivile Krisenprävention

Rubrik Im Wahlkreis unterwegs

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit der „Jasmin“ Revolution steht die arabische Welt vor einer neuen Ära. Ich war gerade auf einer sehr beeindruckenden Reise in **Tunesien und Ägypten** und leider entwickelt sich die Situation in beiden Länder sehr unterschiedlich. Deshalb ist dieses Thema der Schwerpunkt meines Newsletters. Gerne komme ich in Eure Kreisverbände, um die vielen Facetten der „Jasmin“ Revolution mit Euch zu diskutieren – ob in Form einer KMV oder einer anderen Veranstaltung. Bitte wendet Euch zwecks Terminkoordination an mein Wahlkreisbüro in Köln.

Auch die neuesten Ereignisse um den **Nahost-Friedensprozess** halten uns in Atem. Die Unterzeichnung der innerpalästinensischen Einigung zwischen Fatah und Hamas in Kairo Anfang Mai wird Bewegung in die blockierten israelisch-palästinensischen Verhandlungen bringen. Sollte es auch weiterhin nicht zu Verhandlungen kommen, will die palästinensische Autonomiebehörde im September die Anerkennung des Staates Palästina in den Grenzen von 1967 auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung setzen lassen. Netanjahu verhält sich unklug und stellt diesen internationalen Konsens in Frage. Er weckt damit Zweifel, ob diese israelische Regierung zu ernsthaften Verhandlungen bereit ist.

Aber auch aus meinem Wahlkreis gibt es Neues: in Köln wird es erstmalig in der Stadtgeschichte zu einer **Bürgerbefragung** für oder gegen den Ausbau des Binnenschiffahrtshafen in Godorf kommen. Wir Grünen werden für ein **NEIN!** kämpfen, weil wir nach wie vor unsinnige Großprojekte ablehnen, zumal wenn sie auf Kosten der Natur durchgeboxt werden. Unsere Gegnerin in dieser Frage ist unter anderem auch unsere Koalitionspartnerin die SPD. Aber am 10. Juli haben dann die Bürgerinnen und Bürger das Wort. Wir sind gespannt!.

Herzliche Grüße

Eure Kerstin Müller

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Thema 01 | Umbrüche in der arabischen Welt Reise vom 15. – 19. Mai nach Tunesien und Ägypten

Die Arabische Welt steht am **Beginn einer neuen Ära**. Niemand hat vorausgesehen, mit welcher Kraft sich die Demokratiebewegungen ausbreiten werden.

Vom **15. bis 19. Mai** habe ich **Tunesien und Ägypten besucht**. Dort ist es den Menschen in unglaublich beeindruckender Weise mit Mut und Beharrlichkeit gelungen, die autokratischen Herrscher abzusetzen, während die Regime in Libyen, Syrien, Bahrain oder im Jemen noch versuchen, sich mit brutaler Gewalt an der Macht zu halten.

Und auch wenn es in Syrien und Libyen und anderswo noch länger dauern und noch viele Opfer kosten wird - für keines der Regime in der Region gibt es heute noch eine Bestandsgarantie.

Meine Gespräche in **Tunis** haben gezeigt, dass das Land alle Chancen hat, sich zu einer demokratischen Gesellschaft zu entwickeln. Es herrscht eine echte **Aufbruchsstimmung**. Mehr als **60 Parteien** sind inzwischen registriert. Sie arbeiten gemeinsam mit wichtigen Vertretern der Zivilgesellschaft mit Hochdruck am Aufbau neuer Institutionen und bereiten die Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung am 24 Juli vor. Das neue **Wahlgesetz** ist mit **paritätisch besetzten Wahllisten** von Frauen und Männern sicherlich als eines der fortschrittlichsten in Europa und in Region zu bezeichnen.



In **Ägypten** ist der **Demokratisierungsprozess** wesentlich **fragiler**. Denn noch sitzt das Militärregime im Sattel und hält die Zügel fest in der Hand. Zwar haben am 19. März per Referendum, den ersten freien und fairen Wahlen seit langer Zeit, 77 Prozent der Befragten einer ersten **Verfassungsänderung** zugestimmt. Doch der Prozess unter der Federführung des Obersten Militärrats zur Vorbereitung der geplanten Parlamentswahlen im September und der anschließenden

Präsidentenwahl ist insgesamt höchst intransparent, was die Glaubwürdigkeit des ganzen Prozesses enorm beschädigt und vor allem die Jugendlichen des Tahrir Platzes immer unzufriedener macht. Die **Hürden zur Gründung neuer Parteien sind hoch**: Es müssen sich mindestens 5000 Mitglieder aus 10 Regierungsbezirken bei der Innenbehörde registrieren lassen. Vor allem neue Parteien aus dem liberalen Spektrum haben damit große Probleme.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Muslimbruderschaften

Währenddessen ist die unter Mubarak verbotene Muslimbruderschaft im Land so **gut vernetzt** ist, dass sie aus dem Stand ihre „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“ mit 8821 Mitgliedern gründen konnte. Der **frühe Wahltermin** ist daher im Hinblick auf das künftige Kräfteverhältnis zwischen den Muslimbrüdern und den liberalen Parteien sehr **gefährlich**. Denn gerade das liberale Spektrum könnte nicht genug Zeit haben, um sich bekannt zu machen und Wähler zu gewinnen.. Wie die Wahlen in Ägypten ausgehen werden, ist daher völlig offen – jedoch ist eine Mehrheit der Muslimbruderschaft im neuen Parlament nicht auszuschließen.

Wichtig wird sein, dass der Westen die **moderaten Kräfte des Islam nicht ausgrenzt**, denn der politische Islam wird in diesen religiös geprägten Gesellschaften noch auf längere Zeit eine wichtige Rolle spielen. Sie sind heute eher als eine sozial-konservative Kraft zu bezeichnen. Sowohl für Ennahda in Tunesien als auch für die Muslimbrüder ist der Weg eines modernisierten Islam, wie ihn die türkische AKP gegangen ist zur Zeit Vorbild. Das sollten wir unbedingt unterstützen

Menschenrechte werden weiter verletzt

Erschreckend ist, dass Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und Frauen-NGOs berichten, dass in den Gefängnissen weiter **gefoltert** wird, es immer noch **willkürliche Verhaftungen** und **Misshandlungen** durch die Militärpolizei gibt und fünf bis sechs Tausend Menschen in zahlreichen Schnellverfahren vor Militärgerichten verurteilt werden – auch Demonstranten des Tahrir Platzes.

Diese unmenschliche Praxis muss unbedingt beendet werden. Darauf müssen auch die Bundesregierung und die EU drängen.

Frauen werden an den Rand gedrängt

Auf dem Tahrir Platz haben die Frauen gemeinsam mit den Männern für Freiheit und Demokratie gekämpft. Schwierig ist, dass sie in dem jetzigen Prozess des Aufbaus der neuen Gesellschaft zunehmend drohen, an den Rand gedrängt zu werden – anders als etwa in Tunesien. So scheinen bei den ganzen Parteigründungen offenbar **kaum Frauen in führenden Positionen beteiligt** zu sein. Auch in den Kommissionen, die die Wahlen und die Verfassungsänderungen vorbereiten, sind wenig Frauen beteiligt – und das obwohl sie sich nach wie vor intensiv über Netzwerke und Erklärungen an dem Prozeß beteiligen. ([Offener Brief des ägyptischen Frauenbündnisses](#))

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Unterstützung von EU und Deutschland

Damit Ägypten und Tunesien den Weg der Demokratisierung erfolgreich beschreiten können, brauchen sie die Unterstützung Deutschlands und der EU. Denn neben den politischen Herausforderungen stehen beide Länder auch vor großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die die Übergangsprozesse erschweren werden. In **Ägypten** leben etwa **70% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze**. In **Tunesien** sind **25% arbeitslos**, davon **40% der Akademiker**.

Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass Deutschland und die EU ihre **Märkte** für Produkte aus der Region **öffnen**. Gleichzeitig müssen wir **Bildungspartnerschaften** für junge Menschen anbieten und **gezielte Migration** für Arbeit und Ausbildung zu lassen. Und Europa muss sich in dieser dramatischen Umbruchphase offen für die **Aufnahme von Flüchtlingen** zeigen. Das bisherige Gezerre war peinlich und unakzeptabel. Wir brauchen dringend eine europäische **Lastenteilung**.



Klarer Kompass

Deutschland und die EU müssen eine kritische Bilanz und Lehren aus den Umbrüchen in der arabischen Welt ziehen. Aus Angst vor Islamismus, Terrorismus und zur Flüchtlingsabwehr haben wir gegenüber den Regimen Ben Alis und Mubaraks bei Demokratie und Menschenrechten beide Augen

zugeschlossen. Zukünftig brauchen wir einen klaren Kompass im Umgang mit solchen Despoten. Wir müssen Finanzhilfen an klare Kriterien wie die Förderung von Demokratie und Menschenrechten knüpfen und die Zivilgesellschaft dieser Länder stärken

| Libyen

In Libyen ist der lange Jahre von der westliche Welt hofierte Despot Gaddafi offensichtlich fest entschlossen, mit Hilfe von gekauften Milizen und Söldnern sein Volk mit ins Verderben reißen.

Die UN hat reagiert: Zunächst hat der UN-Sicherheitsrat am 27.03. mit der **Resolution 1970** einstimmigen umfangreiche Sanktionen gegen Gaddafi beschlossen und dass die systematischen Angriffe gegen die libysche Zivilbevölkerung als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ dem Internationalen Strafgerichtshof vorzulegen sind.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Da Gaddafi sein brutales Vorgehen jedoch unbeirrt fortgesetzt hat, hat der Sicherheitsrat kurz darauf, am 17.03.2011, mit der **Resolution 1973** nachgelegt und beschlossen, dass die Internationale Gemeinschaft „alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ ergreifen wird. Dabei hat der UN- Sicherheitsrat nicht die „Angriffe gegen Gaddafi“ legitimiert, sondern beschlossen, den „**Schutz der Zivilbevölkerung**“ sicherzustellen, deren Leben in den Städten Misurata und Bengasi unmittelbar bedroht war und leider auch weiterhin bedroht ist. Deutschland hat sich bei dieser wichtigen Resolution gemeinsam mit China und Russland enthalten. Es hat sich damit nicht nur international isoliert, sondern sich demonstrativ davon distanziert, sich an der Umsetzung unternationalen Rechts – hier der „Responsibility to protect“, weiter zu beteiligen.

Seitdem Kofi Annan 2005 diese „**Responsibility to protect**“ auf den Weg brachte, ist es das erste Mal seit Srebrenica und Ruanda, seit Darfur, dass die Staatengemeinschaft in dieser Reichweite ihre Pflicht zum Handeln bei solchen „**Verbrechen gegen die Menschlichkeit**“ auch wahrnimmt. Das war richtig und konsequent. Es ist dennoch bitter. Denn der Einsatz militärischer Mittel bedeutet, dass die Politik bereits dramatisch versagt hat. Jahrelang hatten „dieselben“ Politiker Gaddafi hofiert und aufgerüstet. Es ist auch riskant. Ein Eingreifen kann die Situation eskalieren, führt zu zivilen Opfern und kann lange dauern. Trotz dieser Zweifel hätte die Bundesregierung zustimmen müssen, auch wenn sie sich militärisch nicht beteiligt. So hat sie Europa gespalten und dramatisch an **Glaubwürdigkeit** in der UNO und in der arabischen Welt verloren. Eine dramatische Fehlentscheidung, an deren Folgen Deutschland noch lange außen politisch zu knabbern haben wird.

Eine Bewaffnung der Rebellengruppierungen in Libyen, wie es jetzt diskutiert wird, ist allerdings **falsch und fahrlässig** (zur [Pressemitteilung](#) vom 14.4.11) und nicht von der Resolution 1973 gedeckt, wie die USA meinen. Eine Bewaffnung schützt die Zivilbevölkerung nicht, sondern birgt die Gefahr der Eskalation. Waffenlieferungen in Kriegsgebiete widersprechen sowohl dem verbindlichen Verhaltenskodex für Waffenausfuhren der EU sowie den deutschen Rüstungsexportrichtlinien. Stattdessen muss es um die in der Resolution beschlossene Durchsetzung des Waffenembargos gehen, an dessen maritimer Absicherung sich Deutschland beteiligen sollte. Es ist höchste Zeit, dass der Konflikt politisch bearbeitet wird. Wenn die internationale Staatengemeinschaft schon militärisch eingreift, trägt sie auch eine Verantwortung für den politischen Prozess. Der UN-Sondergesandte muss dabei eine wichtige Rolle erhalten, die Afrikanische Union und die Arabische Liga eingebunden werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert zumindest jetzt den Wiederaufbau des Landes und den Übergang zur Demokratie mit aller Kraft zu unterstützen.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

In **Libyen** konnte durch das militärische Eingreifen auf der Grundlage der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates zwar das von Gaddafi angedrohte Massaker an den Aufständischen in der Stadt Bengasi verhindert werden. Doch die Lage und die weitere Perspektive des Landes werfen viele Fragen auf.

| Bahrain

Im Hinblick auf Bahrain hat der Golfkooperationsrat beschlossen, die Entsendung von eintausend saudi-arabischen Soldaten zu genehmigen. Er hat damit eine gefährliche Eskalationsstufe betreten.

| Jemen

In Jemen richteten Scharfschützen ein Massaker unter den Demonstrierenden an, Teile der Armee sind zu den Aufständischen übergelaufen und das Land zeigt zunehmende Verfallserscheinungen. Die Gewalt zwischen Jemens Regierung und Stammeskriegern **eskaliert** zunehmend, auch weil Präsident Saleh trotz mehrfacher Ankündigung das **Vermittlungsangebot** des Golf-Kooperationsrates zur Überwindung der unhaltbaren Situation **nicht unterzeichnet**.

| Syrien

Die Welle der Proteste hat inzwischen auch Syrien erreicht, wo das Regime ebenfalls mit großer Brutalität vorgeht. Es ist skandalös, dass die UN noch keine scharfe Verurteilung gegenüber dem Regime von Präsident Assad ausgesprochen hat. Der **UN-Sicherheitsrat** muss sich mit der Lage in Syrien dringend befassen und endlich deutlich Stellung beziehen. Das Regime muss mit Sanktionen isoliert und Assad zum Abtreten gezwungen werden. Auch die EU hat zu lange gezaudert. Erst am 23. Mai hat die EU endlich ihre **Sanktionen** gegenüber dem Regime ausgeweitet und verschärft. Nun hat auch die EU ein Einreiseverbot und Kontensperrungen gegen Präsident Assad und weitere neun Regierungsmitglieder verhängt. Zur Zeit wird auf Initiative der EU ein weiter Versuch gestartet, eine Verurteilung Syriens im UN-Sicherheitsrat zu erwirken. Die internationale Gemeinschaft darf die syrische Zivilbevölkerung nicht länger allein lassen. Erst kürzlich habe ich mich mit Oppositionsvertretern der sogenannten "Damaszener Erklärung" getroffen, die selbst scharfe Sanktionen gegen das Regime fordern. Mit diesen Oppositionskräften muss die internationale Gemeinschaft sich solidarisieren und sie politisch unterstützen.

Pressemitteilungen vom [26.4.11](#) und [13.5.11](#)

Anträge Länderrat und Bundestagsfraktion

Schon auf dem **Länderrat** am 19.3.2011 in Mainz haben wir mit einem [einen Antrag](#) Position bezogen. Auch die Grüne **Bundestagsfraktion** hat einen Antrag ["Für eine neue Politik gegenüber den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens"](#) in den Bundestag eingebracht. Wir setzen uns

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

darin für eine **umfassende Unterstützung der Demokratisierungsbewegungen** sowie der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen seitens der EU und für eine neue und **überarbeitete europäische Nachbarschaftspolitik** ein.

[Link: Rede in deutschen Bundestag zu Reformen in der arabischen Welt](#)

| Thema 02 Nahost – Reden von Obama und Netanjahu

Seit Ende September des vergangenen Jahres steckt der Nahost-Friedensprozess fest. Die Unterzeichnung der innerpalästinensischen **Einigung zwischen Fatah und Hamas** in Kairo Anfang Mai hat das Potential, Bewegung in die blockierten israelisch-palästinensischen Verhandlungen zu bringen. [Zur Pressemitteilung](#) Die Bundesregierung darf deshalb nicht den Fehler aus dem Jahr 2007 wiederholen und einer palästinensischen Einheitsregierung keine Chance geben.

Sollte es auch weiterhin nicht zu Verhandlungen kommen, will die palästinensische Autonomiebehörde **im September die Anerkennung des Staates Palästina** in den Grenzen von 1967 auf die Tagesordnung der **UN-Vollversammlung** setzen lassen. Der UN-Sonderbeauftragte attestiert der palästinensischen Autonomiebehörde, dass sie alle Voraussetzungen erfüllt, um einen unabhängigen Staat regieren zu können. Angesichts dessen und dass Israel mit seiner **fortgesetzten Siedlungspolitik** die Wiederaufnahme von Verhandlungen blockiert, war es ein **Fehler**, dass Bundeskanzlerin **Merkel** sich beim Besuch von Netanjahu in Berlin Anfang April vorzeitig gegen eine Anerkennung **festgelegt** hat. Stattdessen muss sich die Bundesregierung endlich für eine **gemeinsame Position der EU** zu der bevorstehenden Anerkennung einsetzen. [Zur Pressemitteilung vom 5.5.11](#)

Die **Bundestagsfraktion** wird **am 28. Juni** israelische und palästinensische Vertreter zu einem **fraktionsoffenen Abend** einladen und das Für und Wider einer Anerkennung diskutieren.

Mit seiner Rede am 19. Mai hat US-Präsident **Obama** ein klares Zeichen der Solidarität und Sympathie für den arabischen Frühling gesetzt. [Pressemitteilung vom 20.5.](#) Ob Amerikas Unterstützung für die arabischen Demokratiebewegungen tatsächlich eine Abkehr von den Despoten und autokratischen Regimen in der Region bedeutet, werden die Menschen in der Region an den **konkreten Taten der US-Regierung messen**. Nicht zuletzt wird die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Politik davon abhängen, ob es **konkrete Fortschritte im Nahost-Friedensprozess** geben wird. Sehr zu begrüßen ist, dass auch Obama sich nun klar zu einer Zweistaatenlösung auf Basis der 1967er

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Grenzen bekennt. Auf wenig Verständnis wird allerdings in der arabischen Welt stoßen, dass Obama wie zuvor schon Merkel die Frage einer möglichen Anerkennung eines palästinensischen Staates im September vor der UN-Vollversammlung brüsk vom Tisch fegt.

Die Rede des israelischen Ministerpräsidenten **Netanyahus** vor dem US-Kongress am 24. Mai war eine verpasste Chance. Die Forderung von US-Präsident Obama, die **Grenzen von 1967** müssten die Grundlage für Friedensverhandlungen sein, ist seit langem internationaler Konsens. Dass Netanyahu diesen internationalen Konsens in Frage stellt, ist **inakzeptabel** und weckt Zweifel, ob diese israelische Regierung zu ernsthaften Verhandlungen bereit ist.

Unsere Hoffnung bezieht sich vor allem auf diejenigen Kräfte in Israel, die ernsthaft nach Wegen aus der Krise suchen. Dazu gehört die "**Israelische Friedensinitiative**" [Homepage Friedensinitiative](#), der unter anderem zahlreiche Unternehmer und ehemalige Vertreter des Sicherheitsapparates sowie der ehemalige israelische UN-Botschafter Gillerman angehören. Ich werde **Ende Juni** die Gelegenheit haben mit **einigen Vertretern der Initiative** Gespräche in Berlin zu führen.

| Thema 03 Sudan

Sudan: Bundesregierung muss Verhandlungen aktiv unterstützen

Der Einmarsch nordsudanesischer Truppen in Abyei stellt eine schwere Verletzung des **umfassenden Friedensabkommens** von 2005 dar. Fünf Jahre mühsamer Friedensprozess stehen gefährlich nah am Abgrund. Scheitert der Prozess, droht ein weiterer Krieg. Das muss unter allen Umständen verhindert werden.

Khartum muss dem Beschluss des Sicherheitsrates jetzt unverzüglich Folge leisten und seine Truppen aus der umstrittenen Grenzregion zwischen Nord- und Südsudan abziehen. Es müssen endlich Ergebnisse am Verhandlungstisch her, damit der Fahrplan für das vereinbarte Referendum über die Zugehörigkeit von Abyei vor der **Unabhängigkeit des Südsudan am 9. Juli** feststeht. Die Bundesregierung muss als Mitglied im Sicherheitsrat, das im Juli sogar den Vorsitz übernehmen wird, die Verhandlungen vor Ort aktiv unterstützen.

Der Einmarsch zeigt, wie brüchig der Frieden ist und wie wichtig ein robustes Grenzregime durch eine neue Friedensmission ab Juli ist, um weitere Brandschatzungen, Plünderungen und Vertreibungen zu verhindern. Auch dafür muss sich die Bundesregierung im Sicherheitsrat einsetzen und selbst einen sichtbaren Beitrag leisten.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Die internationale Gemeinschaft hat viel in den Friedensprozess investiert. Kommt es wieder zum Krieg wäre das ein Desaster für die Menschen im Sudan. Es würde aber auch die Glaubwürdigkeit an die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft zum Friedenaufbau schwer beschädigen.

Rubrik| Unterausschuss Zivile Krisenprävention

Neuer Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs.Nr.17/5910)
„Zivile Krisenprävention ins Zentrum deutscher Außenpolitik rücken“

Mit unserem Antrag wollen wir unmissverständlich sagen: deutsche Friedenspolitik heißt **„Vorrang für Zivil“**. Die dahindümpelnde Umsetzung ziviler Krisenprävention muss ein Ende haben. Denn ungeachtet der Krisen in der Welt fristet die zivile Krisenprävention weiter ein Nischendasein in der deutschen Außenpolitik. Dabei zeigen Dauer und Verlauf von Konflikten in den zurückliegenden Jahren wie maßlos **militärische Krisenbewältigung überschätzt** wurde.

Aber bisher gab es noch keine Kurskorrektur, die die Prävention ins Zentrum stellt. Das fängt bei der strategischen Planung an und hört bei der Bereitstellung von entsprechendem Personal wie JuristInnen und PolizistInnen noch lange nicht auf. Aber der **Aktionsplan Zivile Krisenprävention**, den die rot-grüne Regierung noch 2004 auf den Weg gebracht hat, fristet nach wie vor nur ein Schattendasein. Es ist höchste Zeit, ihn weiterzuentwickeln und mit Leben zu füllen. Dazu haben wir auch den **Unterausschuss Zivile Krisenprävention** ins Leben gerufen. Wir fordern die Entwicklung eines **Zivilen Planziels**, damit deutlich wird, welche Strukturen nötig sind und welche Mittel mit welchem Ziel eingesetzt werden. Bisher begnügt sich die Bundesregierung damit, in ihren Umsetzungsberichten wahllos Projekte und Initiativen unter dem Label "Krisenprävention" aneinanderzureihen. Auf diese Weise kann auch keine notwendige Evaluation erfolgen. Mit den im Antrag vorgeschlagenen Veränderungen soll die zivile Krisenprävention deutlich mehr politisches Gewicht gewinnen.

- Hier meine Rede vom 26.05. zum [Nachlesen](#)

| Öffentliche Anhörung ‚Polizei in internationalen Friedensmissionen‘:

Auf meine Initiative hin gab es am **9. Mai im Unterausschuss** eine Anhörung zum Einsatz von deutschen Polizeikräften in internationalen Friedensmissionen. Der Einsatz ziviler Polizei ist in Deutschland ein bislang **vernachlässigtes Instrument** ziviler Krisenprävention, obwohl

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

der Bedarf vor allem für den zivilen Friedensaufbau stetig gestiegen ist und weiter steigt. Waren 1988 weltweit nur 35 Polizeikräfte im Einsatz, ist deren **Zahl 2011 auf 17.500** hochgeschneit. Dennoch sind viele Friedensmissionen chronisch unterbesetzt.

Experten wie Stefan Feller, dem Leiter der EU-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina, Annika S. Hansen von den Vereinten Nationen und Dr. Markus Ritter, dem ehem. Leiter des German Police Project Teams (GPPT) in Afghanistan standen Rede und Antwort zum Bedarf, den Voraussetzungen und den Problemen der Entsendung deutscher Polizei.

Deutschland hat noch immer nicht seine Hausaufgaben gemacht. Die freiwilligen PolizistenInnen müssen oft einem Karriereknick hinnehmen, weil die Auffassung herrscht: „Die Arbeit wird zu Hause gemacht“. Noch immer gibt es **keinen ganzheitlichen strategischen Rahmen** für die Entsendung deutscher Polizeikräfte in internationale Friedensmissionen. Und auch für EU-Missionen stehen die bereits 2004 versprochenen 910 PolizistenInnen noch immer aus. Wir müssen dringend einen Polizeipool aufbauen und klare Entsenderegeln aufstellen.

| Terminankündigungen Krisenprävention

08.06.11 Podiumsdiskussion in Berlin „**Peace Building, Peace Mediation and Private Diplomacy**“ (organisiert vom CSSP und inmedio); Fragen zur deutschen Außenpolitik im Bezug auf zivile Konfliktlösungsstrategien und Friedenskonsolidierung, auch hinsichtlich der gegenwärtigen Lage in Nordafrika und Nahost.

24.06.11 Konferenz in Hamburg "**Einsatzort: Ausland – Die Deutsche Polizei auf internationaler Mission**" Gemeinsam organisiert von Franziska Brantner, MdEP, Kerstin Müller, MdB und Konstantin von Notz, MdB. Der Einsatzort Ausland gehört heute zum Alltag der Polizei von Bund und Ländern. Neben internationalen Polizeimissionen im Rahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen beteiligt sie sich auch an bilateralen Projekten, wie beispielsweise in Afghanistan. Dazu soll in Workshops diskutiert werden.

Rubrik| Unterwegs im Wahlkreis

MV Leverkusen zum Aufbruch in der arabischen Welt am 03.05.

Der Kreisverband Leverkusen beschäftigte sich in seiner Kreismitgliederversammlung mit der außenpolitischen Lage in Nordafrika und lud mich als Gast dazu ein.

Da kurz vorher Osama bin Laden während einer Militäraktion starb, war der Einstieg in eine rege Diskussion schnell gefunden.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Wenn Euer Kreisverband auch Interesse hat, sich dem Thema während einer KMV oder im Rahmen einer Einzelveranstaltung zu widmen, komme ich gerne auch zu Euch.

Bitte meldet Euch bei meiner Wahlkreismitarbeiterin Judith Hasselmann unter 0221-7220369 oder E-Mail: kerstin.mueller@wk.bundestag.de

Polit-Brunch in Bonn am 3.4.11 zum Thema „Frauen, Frieden, Sicherheit“ Resolution 1325



Im renommierten Bonner Frauenmuseum diskutierten anlässlich des 100. internationalen Frauentages Kerstin Müller, Katja Dörner und Monika Hauser von Medica Mondiale mit den eingeladenen Frauenverbänden über den Status Quo der Resolution 1325 in Deutschland.

| In der Presse

Sonntaz: Streit der Woche, 26.3.2011 [Ist der Angriff auf Gaddafi richtig?](#)

Portrait in ‚Das Parlament‘, 7.3.2011 [Die Engagierte](#)

Gastbeitrag im Kölner Stadtanzeiger vom 16.2.2011

[Schluss mit den doppelten Standards](#)

| Terminankündigungen

31.05. Grüner Salon der Böll Stiftung NRW in Düsseldorf
„Tyranzendämmerung in der arabischen Welt?“

21.06. Deutsche Welle Global Media Forum in Bonn: Panels zu „Post-Conflict Societies“ und „Pressefreiheit im Süd-Sudan“

21.06. Frauenveranstaltung / OV Nippes ‚Was Sie schön immer über Grüne Politik wissen wollten und nie zu fragen wagten.‘ Politisches Speed-Dating

02./03.07. Christopher Streetday in Köln, Motto: ‚Liebe ist...‘